



## 2. WELTKONGRESS

Vancouver, 21. – 25. Juni 2010

### ENTSCHLIESSUNG

#### DEN SOZIALEN SCHUTZ AUSWEITEN UND FÜR GUTEN ARBEITSSCHUTZ SORGEN

1. Der Kongress bekräftigt, dass sozialer Schutz ein Menschenrecht und ein wesentlicher Faktor sozialer Gerechtigkeit ist. Er verleiht Würde, befreit Menschen aus der Armut, vermindert durch die Umverteilung des Wohlstandes Ungleichheiten und stellt eine Investition sowohl in die produktiven Kapazitäten als auch in die Entwicklung dar und muss als Teil der Regierungsverantwortung betrachtet werden.
2. Der Kongress bedauert die Tatsache, dass etwa 80% der Weltbevölkerung keinen oder nur begrenzten Zugang zu sozialen Schutzmaßnahmen haben, was das Versäumnis widerspiegelt, die unerlässliche Rolle des Staates in einer effizienten und gerechten Marktwirtschaft zu erkennen. Der Kongress stellt erneut fest, dass soziale Gerechtigkeit entschiedene und wirksame staatliche Interventionen erfordert.
3. Der Kongress bekräftigt seine Verpflichtung zur Ermöglichung eines angemessenen Sozialschutzes für alle, wobei jenen prioritäre Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, die keinen Zugang zu grundlegenden sozialen Sicherheitsnetzen haben, wie Arbeitslosen und denjenigen, die informelle Tätigkeiten verrichten und insbesondere Frauen und Jugendlichen.
4. Der Kongress unterstreicht die tragende Rolle des Staates bei der Bereitstellung, Unterstützung, Förderung und Ausweitung des sozialen Schutzes. Er unterstreicht ferner, dass die Leistungen nicht diskriminierend, angemessen und sicher sein sollten und dass die finanzielle Nachhaltigkeit sozialer Schutzsysteme gewährleistet sein muss. Die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sollten in ihre Konzipierung und Verwaltung einbezogen werden. Der soziale Dialog und eine dreigliedrige, gleichberechtigte Teilhabe sind wesentliche Instrumente für das Zustandekommen eines gerechten und wirksamen Konsensmodells.
5. Der Kongress betont, dass das IAO-Übereinkommen 102 über die Mindestnormen der sozialen Sicherheit das wichtigste internationale Instrument im Bereich der sozialen Sicherheit ist und bekräftigt erneut seine uneingeschränkte Befürwortung der darin enthaltenen Bestimmungen in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Familienleistungen, Leistungen bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit, bei Alter, bei Invalidität, bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, bei Mutterschaft und an Hinterbliebene. Er ist sich jedoch der veralteten Formulierungen in Bezug auf geschlechtsspezifische Fragen bewusst und fordert die Regierungen auf, die Bestimmungen des Übereinkommens auf der Grundlage einer uneingeschränkten Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen.
6. Der Kongress lehnt den Trend in Richtung auf die Privatisierung sozialer Schutzsysteme und die geringere Beteiligung der Sozialpartner an deren Verwaltung

ab. Dort, wo private Systeme existieren, sollten die Arbeitnehmerorganisationen in deren Lenkung einbezogen werden, sie sollten staatliche Systeme ergänzen, die Prinzipien der Nichtdiskriminierung und der Umverteilung beinhalten und angemessene Leistungen vorsehen. Private Fonds müssen in geeigneter Weise reguliert und strenger von den staatlichen Behörden überwacht werden. Der Kongress spricht sich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und gescheiterter Privatisierungen nachdrücklich für eine Rückkehr zu öffentlichen Systemen aus.

7. Der Kongress bedauert die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten bezüglich der Reichweite des Sozialschutzes. Die steigende Arbeitslosigkeit sowie die zunehmende Informalisierung und Prekarisierung der Arbeit haben dazu geführt, dass immer mehr Beschäftigte nicht oder kaum abgesichert sind. Dort, wo derartige informelle und prekäre Tätigkeiten auf das skrupellose Verhalten der Arbeitgeber zurückgehen, sind strenge Sanktionen erforderlich. Die Regierungen müssen informell Beschäftigte rechtlich absichern, damit sie nachhaltig von sozialen Schutzmaßnahmen profitieren können. Falls kein Arbeitgeber vorhanden ist und die betroffenen Beschäftigten einen Weg finden müssen, um in der informellen Wirtschaft zu überleben, müssen sie und ihre Familien Zugang zu sozialen Sicherheitsnetzen haben.

8. Der Kongress ist besorgt über die in vielen Ländern stattfindende Aushöhlung des Schutzes für atypisch Beschäftigte wie Zeit-, Teilzeit-, Leih- oder befristet eingestellte Arbeitskräfte. Sie sollten nicht auf der Grundlage ihrer Beschäftigungssituation von beitragsfinanzierten Sozialschutzsystemen ausgeschlossen sein und müssen dieselben Ansprüche haben wie andere Beschäftigte. Die staatlichen Regulierungs- und Inkraftsetzungsverfahren müssen ausgeweitet werden, um sicherzustellen, dass atypisch Beschäftigte diesbezügliche Rechte in wirksamer Weise wahrnehmen können.

9. Der Kongress ist ferner besorgt über die finanziellen Zwänge, denen sich viele beitragsgestützte und nicht beitragsgestützte Systeme ausgesetzt sehen, durch die die Höhe der Leistungen erheblich unter Druck gerät, und bedauert das generelle Versäumnis, genügend Ressourcen für die Erfüllung der durch die Globalisierung entstandenen neuen und wachsenden Bedürfnisse im Bereich des Sozialschutzes aufzuwenden.

10. Der Kongress verurteilt den Abwärtstrend bei der Unternehmens- und Vermögensbesteuerung und den Steuern auf Finanz- und Spekulationsgewinne, durch den die öffentlichen Haushalte unter inakzeptablen Druck geraten sind. Er fordert eine faire Aufteilung der Steuerpflicht zwischen Kapital und Arbeit, progressive Steuersysteme und ein Ende des internationalen Steuerwettbewerbs, der Steuerflucht und der Steueroasen. Ein größerer fiskalpolitischer Handlungsspielraum ist eine unerlässliche Bedingung für die Ausweitung des sozialen Schutzes. In vielen Ländern ist es dringend notwendig, ungerechte Steuerbefreiungen zu beenden und regressive Steuersysteme zu reformieren und sie zu progressiven Modellen umzugestalten, bei denen die Lohn- und Einkommensteuer die Haupteinnahmequelle ist und indirekte Steuern, die zudem dem Verbrauch schaden, gesenkt werden.

11. Der Kongress ist sich der besonders ungeschützten Situation von Frauen bewusst, die häufig doppelt diskriminiert werden, sowohl bei den Löhnen und Gehältern als auch bei den Sozialversicherungsansprüchen. Er ist voll und ganz der Förderung des Prinzips gleichberechtigter Sozialversicherungsleistungen verpflichtet und bekräftigt erneut seinen Einsatz für die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles. Es sind zusätzliche Mittel erforderlich, um auf die Sozialschutzbedürfnisse der wachsenden Zahl Alleinerziehender weltweit einzugehen. Der Kongress befürwortet die jüngsten Zusagen der G8/G20 hinsichtlich der Förderung von Programmen und Ressourcen für lebenslanges Lernen, die vor allem auf ältere Beschäftigte und Frauen, die ins Arbeitsleben zurückkehren möchten, ausgerichtet sein sollten.

12. Der Kongress ist sich der Herausforderung einer alternden Bevölkerung für die Renten- und Krankenversicherungssysteme bewusst, lehnt eine Privatisierung und Individualisierung der Systeme, um dieser Herausforderung gerecht zu werden, jedoch ab. Der Kongress bekräftigt erneut seine uneingeschränkte Befürwortung von Umlageverfahren und unterstreicht, dass sämtliche Systeme sichere und vorhersehbare Altersbezüge für die Generation von heute und für künftige Generationen garantieren sollten, basierend auf Kollektivität und der Solidarität unter den Generationen. Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligungsquoten und die Schaffung von Vollbeschäftigung müssen Schlüsselemente der politischen Reaktion auf eine alternde Bevölkerung sein. Der Kongress weist im Besonderen den Druck auf Regierungen zum Übergang auf kapitalgedeckte Rentensysteme u.a. durch die Weltbank und den IWF ab.

13. Der Kongress unterstreicht, dass die katastrophalen Auswirkungen der Finanzkrise auf private Renten hätten abgemildert werden können, wenn die Leistungen nicht in unangemessener Weise durch kapitalfinanzierte Systeme finanziert worden wären. Vor diesem Hintergrund wiederholt er seine entschiedene Ablehnung beitragsorientierter Systeme, bei denen die Beschäftigten das gesamte Risiko selbst tragen. Die individuelle Kapitalisierung der Renten in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts und Anfang des 21. Jahrhunderts war ein Fehlschlag. Es ist damit nicht gelungen, den Schutz auszuweiten oder menschenwürdige Renten zu garantieren. Stattdessen kam es zu einer Konzentration der Finanzkraft und zu profitablen Geschäften für Rentenfondsverwalter, ohne jegliche Verfahren für die Beteiligung der Beschäftigten. Dort, wo beitragsorientierte Rentensysteme vorhanden sind, sollten sie sicherere und geeignetere Investitionsoptionen für die Betroffenen vorsehen, um die finanziellen Risiken zu vermindern. Es sollte Informations- und Sensibilisierungsarbeit in Bezug auf Rentenfragen geleistet werden, unter Beteiligung der Gewerkschaften, damit sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser mit diesem Thema auseinandersetzen können. Die Gewerkschaften sollten zudem in verschiedener Weise tätig werden, um die Verwaltungskosten für die unter beitragsorientierte Rentensysteme fallenden Einzelpersonen zu senken.

14. Der Kongress stellt ferner fest, dass viele der aktuellen kapitalfinanzierten Rentensysteme auf die Bedürfnisse von immer mehr Beschäftigten – hauptsächlich Frauen – nicht eingehen, deren Arbeitsleben immer häufiger unterbrochen wird.

15. Der Kongress fordert die Anwendung strikter Aufsichtsregeln bei der Verwaltung von Sozialschutzfonds, einschließlich kapitalfinanzierter Rentensysteme, wo sie existieren. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Verwaltung von Sozialschutzfonds auf dreigliedriger Basis stattfindet. Der Kongress ruft zu einer Umlenkung öffentlicher Mittel auf, um einen angemessenen Schutz für alle zu garantieren. Den öffentlichen Sektor fordert er auf, die Verantwortung für gescheiterte Systeme zu übernehmen.

16. Der Kongress befürwortet daher die Einführung eines Minimums an sozialen Leistungen für alle Bedürftigen, das Folgendes beinhalten würde: Zugang zur Gesundheitsversorgung, einschließlich Mutterschutz; Unterstützung für Eltern, die ihre Kinder zur Schule und zu regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen schicken; garantierte Altersrenten; Invaliditätsrenten; barrierefreier Zugang zu öffentlichen Diensten; Sozialhilfe für besonders schutzlose Gruppen, beispielsweise durch staatliche Beschäftigungsgarantien. Ein solche soziale Grundsicherung für alle würde hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln finanziert und für alle Männer und Frauen, ungeachtet ihrer Beschäftigungssituation, gelten. Der Kongress fordert die Regierungen dringend auf, sicherzustellen, dass der Anspruch auf ein solches Mindestleistungspaket als Grundrecht in der innerstaatlichen Gesetzgebung verankert wird. Er bekräftigt seine Überzeugung, dass die sozialen Leistungen hoch genug sein sollten, um einen Lebensstandard oberhalb der Armutsgrenze zu garantieren. Die Armutsgrenze und die Leistungs-

höhe sollten anhand objektiver Kriterien festgelegt und von unabhängigen Stellen überprüft werden.

17. Der Arbeitnehmerschutz beinhaltet sowohl Sozial- als auch Arbeitsschutz. Der Kongress bekräftigt erneut, dass das Recht auf menschenwürdige, sichere und gesunde Arbeit ein unveräußerliches Recht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ein Eckpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung ist.

18. Zahlen der IAO zufolge kommt es jedes Jahr zu rund 2,2 Millionen arbeitsbedingten Todesfällen, einschließlich mehr als 100.000 Todesfällen pro Jahr allein infolge der Exposition gegenüber Asbest, 270 Millionen Arbeitsunfällen und 160 Millionen Berufskrankheiten. Die direkten und indirekten wirtschaftlichen Kosten dieser Unfälle und Erkrankungen werden weltweit auf schätzungsweise 4% des BIP beziffert. Die Beschäftigten in Entwicklungsländern, wo die Unfallquote stetig zunimmt und arbeitsbedingte Erkrankungen weit verbreitet sind, sehen sich mit besonders ernsten Bedingungen konfrontiert, da die meisten von ihnen in gefährlichen Sektoren und Tätigkeitsbereichen arbeiten, wie etwa in der Landwirtschaft, in der Holzwirtschaft, in der Fischerei und auf dem Bau. Viele sind in der informellen Wirtschaft tätig, wo es an jeglicher Form des sozialen Schutzes und des Arbeitsschutzes fehlt. Die geschlechtsspezifische Dimension des Arbeitsschutzes ist angesichts der unterschiedlichen Auswirkungen einer Exposition gegenüber Giftstoffen auf Männer und Frauen, und vor allem der Auswirkungen einer Exposition gegenüber biologischen Substanzen auf die reproduktive Gesundheit, eine wichtige Überlegung. Darüber hinaus kommt es wiederholt zu Gewalt und Belästigungen am Arbeitsplatz, und die Zahl der Kinder unter 14 Jahren, die jährlich an arbeitsbedingten Unfällen und Erkrankungen ums Leben kommen, wird auf mehr als 50.000 geschätzt. Immigrantinnen und Immigranten sind eine weitere schutzlose Gruppe, da sie hauptsächlich für die härtesten und gefährlichsten Arbeiten beschäftigt werden, in Sektoren mit den höchsten Unfallquoten, häufig ohne Papiere und unter Missachtung ihrer grundlegenden Rechte, was bereits damit anfängt, dass sie nicht eingeführt und geschult werden.

19. Der Kongress fordert den IGB daher auf, Kampagnen durchzuführen, um zu verhindern, dass Beschäftigte aufgrund von Chemikalien oder Gefahrstoffen wie Asbest ums Leben kommen, verletzt werden oder erkranken und um dafür zu sorgen, dass die betrieblichen Praktiken die reproduktive Gesundheit von Frauen und Männern schützen. Er fordert alle Regierungen auf, die IAO-Übereinkommen bezüglich des Arbeitsschutzes zu ratifizieren und umzusetzen, vor allem IAO-Übereinkommen 187 über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz. Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit seitens der Regierungen, IAO-Übereinkommen 81 über die Arbeitsaufsicht zu ratifizieren und den Umfang sowie die Qualität öffentlicher Aufsichtssysteme zu verbessern, um zu verhindern, dass die Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutzbestimmungen verletzt werden, vor allem im Falle ungeschützter irregulärer Tätigkeiten.

20. Der Kongress ermutigt die Gewerkschaften zur Integration von Arbeitsschutzklauseln in Tarifverträge. Er würdigt und befürwortet die Verabschiedung der Ibero-amerikanischen Arbeitsschutzstrategie als Muster, das auf andere Regionen ausgeweitet werden kann und ruft die Regierungen und Arbeitgeberorganisationen auf, sich zur Weiterentwicklung dieser Strategie und zu deren Inkraftsetzung im Rahmen des dreigliedrigen sozialen Dialogs zu verpflichten.

### **IGB-Aktionsprogramm**

21. Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) die Ratifizierung und Umsetzung des IAO-Übereinkommens 102 in allen Ländern zu fördern;
- (b) Aktivitäten durchzuführen, um die Mitgliedsorganisationen im Bereich des sozialen Schutzes zu unterstützen, u.a. durch den Ausbau ihrer Kapazitäten;
- (c) für das in dieser EntschlieÙung dargelegte Konzept des sozialen Schutzes einzutreten und auf den Aufbau eines umfassenden, gerechten, umverteilenden, universellen Modells der sozialen Sicherheit hinarbeiten, bei dem der Staat die Verantwortung für die Garantie des Schutzes aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trägt, ungeachtet ihres Beschäftigungsstatus, Standortes oder ihrer Staatsangehörigkeit, um auf diese Weise die Grundlagen für das Gesellschaftsmodell zu schaffen, das alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen;
- (d) sich gemeinsam mit der IAO für die Ausweitung des sozialen Schutzes für alle, für die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen bezüglich des sozialen Schutzes und für ein Minimum an Sozialleistungen für alle einzusetzen, einschließlich der Verabschiedung einer IAO-Empfehlung bezüglich einer sozialen Grundsicherung oberhalb der Armutsgrenze, um einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen;
- (e) Programme und Initiativen zu entwickeln, um Beschäftigte, die informelle Tätigkeiten verrichten, rechtlich abzusichern, damit sie nachhaltig von sozialen Schutzmaßnahmen profitieren können;
- (f) sich für die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in allen Ländern einzusetzen, auch hinsichtlich einer Exposition gegenüber gefährlichen chemischen Stoffen, psychosozialer Risiken und anderer berufsbedingter Verletzungen und Arbeitsunfälle, und im Falle neuer Herausforderungen das Vorsorgeprinzip anzuwenden;
- (g) die Ratifizierung und Umsetzung der relevanten IAO-Übereinkommen zu fördern, einschließlich des IAO-Übereinkommens 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt sowie des IAO-Übereinkommens 187 über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz, und für die weltweite Begehung des Internationalen Gedenktages für verstorbene und verunglückte Beschäftigte am 28. April einzutreten;
- (h) die Konzipierung nationaler Arbeitsschutzprogramme zu fördern, um Zielgrößen, Maßnahmen und Verfahren zur Verbesserung der Prävention berufsbedingter Risiken und des Arbeitsschutzes generell unter Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner festzulegen;
- (i) die Einführung von Informationssystemen zur Erfassung und Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie Untersuchungen über die Arbeitsbedingungen zu fördern, um somit die Grundlage für die Konzipierung öffentlicher Maßnahmen und die Festlegung von Prioritäten für sowohl allgemeine als auch betriebliche Präventivmaßnahmen zu schaffen;
- (j) spezifische Programme zum Schutz der Gesundheit von Frauen, die berufsbedingten Gefahren ausgesetzt sind, sowie der Gesundheit der schwächsten Gruppen, vor allem der Wanderarbeitkräfte, einzuführen;
- (k) die für die Ausstattung der Mitgliedsorganisationen mit den notwendigen Kapazitäten im Bereich des Arbeitsschutzes erforderlichen Aktivitäten zu unterstützen;
- (l) Anstrengungen zu unternehmen, um Gefahrstoffe wie Endosulfan und Paraquat zu verbieten und ein weltweites absolutes Verbot der Nutzung von und des Handels mit Asbest durchzusetzen, wobei der in Kanada tagende Kongress an die kanadische Regierung appelliert, sich einem weltweiten Verbot von Asbest anzuschließen.